

Aus den Ergebnissen des Berichts zur Altersstruktur bei der nordrhein-westfälischen Polizei müssen schnelle und effektive Konsequenzen gezogen werden!

Beratung (öffentlich) zum Antrag der SPD Drs 14/4481

Auszug aus dem Plenarprotokoll 14/65 vom 14.06.2007

Dr. Karsten Rudolph (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir legen dem Parlament heute diesen Antrag vor, um dem Innenminister zu helfen, die richtigen – und vor allem rechtzeitig – Konsequenzen aus dem Bericht zur Altersstruktur bei der nordrhein-westfälischen Polizei zu ziehen, der seit knapp einem Jahr vorliegt.

Mit Freude haben wir festgestellt – das darf ich ganz aufrichtig sagen –, dass es der Landesregierung am Dienstag offenbar gelungen ist, einen Durchbruch dahin gehend zu erzielen, dass die Zahl der einzustellenden Polizeianwärter auf 1.100 steigen wird. Lieber Kollege Kruse, das sind nicht ganz die 1.250, die Sie uns im Innenausschuss versprochen haben, und auch nicht die 1.500, die im Bericht der Arbeitsgruppe stehen. Wir sagen aber ganz klar: Das ist ein guter Schritt in die richtige Richtung.

Der nächste Punkt, den wir besprechen müssen, ist folgender: Wie wir bei der jetzigen Einstellungsrunde gesehen haben, fällt es uns zunehmend schwerer, tüchtige und begabte junge Leute für die Polizeiarbeit zu interessieren und dann einzustellen. Um 1.100 Einstellungen vorzunehmen, haben wir also einen gemeinsamen Kraftakt vor uns. Zum einen müssen die gesamten Ausbildungskapazitäten entsprechend hochgefahren werden. Zum anderen müssen wir daran arbeiten, dass die am Polizeidienst interessierten jungen Leute auch den Weg dorthin finden. Deswegen schlagen wir in unserem Antrag einige Dinge vor, die wir für hilfreich halten.

Erstens. Angesichts der demografischen Entwicklung und der inzwischen teilweise schon spürbaren Konkurrenz um junge Leute sind wir der Auffassung, dass wir die Einstellungsvoraussetzungen in den Polizeidienst öffnen müssen, und zwar konkret für die Fachoberschüler; denn wir glauben, dass man zum Einstieg in den Polizeidienst nicht immer ausschließlich Fachabitur und Abitur haben muss.

(Theo Kruse [CDU]: Das hat Herr Jürgen Jentsch noch ganz anders gesehen!)

– Ja. Ich habe gestern mit ihm gesprochen. Inzwischen sieht er das aber auch so wie wir.

Wir wollen also die Einstellungsvoraussetzungen öffnen. In diesem Zusammenhang muss es auch die Möglichkeit geben – an dieser Stelle bitten wir die Landesregierung um entsprechende Vorschläge –, das Fachabitur im Rahmen der über drei Jahre laufenden Ausbildung nachzuholen.

Zweitens. Wir müssen diskutieren, ob die Höchstaltersgrenzen für Einstellungen angehoben werden können.

Drittens. Wir müssen darüber sprechen – das will ich Ihnen jetzt nicht in allen Einzelpunkten darlegen; im Ausschuss werden wir ja noch in aller Fachlichkeit und auch in aller Ausführlichkeit darüber reden –, wie Polizeiarbeit altersgemäß verlaufen kann. Aufgrund des Altersaufbaus der Polizei sind wir nämlich in die Situation geraten, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte direkt aus dem Wach- und Wechseldienst in den Ruhestand wechseln werden, ohne bei der Polizei jemals einen anderen Schreibtisch gefunden zu haben.

Es ist ganz wichtig, dass Sie dies als Ihre besondere Verantwortung begreifen, Herr Innenminister; denn wenn Ihre Parole „Mehr fahnden statt verwalten“ richtig ist, hat das natürlich eine Veränderung der Polizeiarbeit zur Folge und führt uns aufgrund der Entwicklung der Altersstruktur zu sehr konkreten und praktischen Fragen darüber, wie unsere 40.000 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in NRW ihren Dienst versehen sollten.

Meine Damen und Herren, wir haben unsere Vorschläge unterbreitet, nachdem wir den Bericht zur Altersstruktur bei der nordrhein-westfälischen Polizei noch einmal gründlich studiert hatten. Ich bin gespannt, wie Sie auf diese Vorschläge reagieren.

In den weiteren Beratungen werden wir im einen oder anderen Punkt sicherlich ein gewisses Maß an Übereinstimmung finden können. Das dürfte im Interesse der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten liegen und für die Bürgerinnen und Bürger ebenso gut sein. – Herzlichen Dank.
(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Rudolph.